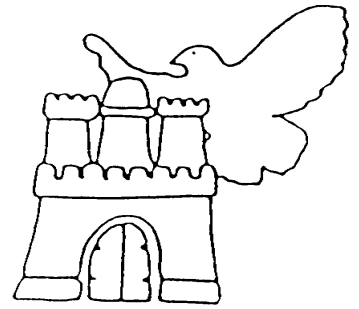


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 05/14

www.hamburgerforum.org



5. Oktober 2014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

es liegen eine ganze Reihe von Aktionen hinter uns – besonders hervorheben möchte ich den Antikriegstag mit ca. 800 TeilnehmerInnen, aber auch die von den Mahnwachen Hamburg veranstaltete zweite Demonstration gegen Kriegspropaganda in den Medien am 3.10. Mit acht Rednern konnten wir auf der Antikriegstagsdemonstration unseren Zeitplan nicht einhalten. Den Abschluss der Demonstration bildete eine Menschenkette entlang des Jungfernstiegs. Die Rede von Sevim Dagdelen, MdB, die sie auf Grund der zeitgleich stattfindenden Bundestagsdebatte über Waffenlieferungen in den Irak nicht selber vortragen konnte, haben wir weiter unten leicht gekürzt abgedruckt. Weitere Reden könnt ihr auf unserer Homepage nachlesen.

Es gab eine ganze Reihe weiterer kleinerer Aktivitäten und Veranstaltungen u. a. zu den Themen Kampfdrohnen und der Modernisierung von Atomwaffen. Wir haben unser Flugblatt mit dem Appell „Keine Kampfdrohnen“ überarbeitet und wollen weiter Unterschriften sammeln. Ihr findet das Flugblatt als Beilage des Rundbriefs. Zusammen mit Bündnispartnern bereiten wir eine Veranstaltung zu diesem Thema vor:

Neue Kriege mit Drohnen und Robotern

17.11.2014, 19.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

mit Lühr Henken und Hans-Arthur Marsiske

Zusammen mit der Hamburger X1000-Gruppe und einigen anderen Beteiligten haben wir im Rahmen eines bundesweiten Bankenaktionstags Flugblätter vor zwei Filialen der Commerzbank verteilt. Damit wollten wir darauf hinweisen, dass die Commerzbank, die damit wirbt, dass sie ihre Geschäfte nach moralisch vertretbaren Standards abwickelt, weiterhin an der Finanzierung von Unternehmen beteiligt ist, die Atomwaffen und ihre Trägersysteme warten und herstellen (weitere Infos unter www.atombombengeschaeft.de).

Hinweisen möchte ich auf die Uranwaffenpetition, die ebenfalls diesem Rundbrief beiliegt. Bis Anfang November könnt ihr noch unterzeichnen und UnterstützerInnen gewinnen. Die Unterschriften sollen am 6. November dem Bundestag übergeben werden.

Nato und EU bleiben weiterhin auf ihrem Konfrontationskurs gegen Russland. Wir bereiten zusammen mit der DFG/VK Hamburg und der Gruppe Blauer Montag eine Diskussionsveranstaltung zur Ukraine vor:

Krieg in der Ukraine – Machtproben in einem zerrissenen Land

11.11.2014, 19.30 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, Hinterhaus, Raum A

mit Vadim Damier aus Moskau

Auf unserer Webseite wird es demnächst dazu auch ein Flugblatt geben.

Die neue Konfrontation mit Russland, die Krise in der Ukraine, der Gaza-Krieg, die Kampfhandlungen der USA im Irak und in Syrien ... all das hat bei manchen zu einem Bedürfnis nach größerem Engagement geführt. Mit den Montagsmahnwachen hat sich ein neuer Kreis Friedensbewegter gebildet. Durch partielle Zusammenarbeit bei den zurückliegenden Demonstrationen – von der Ukraine-Demo am 28.7. über den Antikriegstag bis zum Tag der deutschen Empörung am 3.10. – konnte das vorher verbreitete gegenseitige Misstrauen ein Stück weit abgebaut werden. Dieser Prozess ist jedoch gerade erst in Gang gekommen. Damit gibt es Chancen, dass wir als Friedensbewegung insgesamt wieder stärker handlungs- und mobilisierungsfähig werden. Bislang sind wir mit der Zahl der Beteiligten noch nicht über das in den letzten Jahren erreichte hinausgekommen.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei wieder auf unsere Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Arbeit diskutieren:

Dienstag, 21.10., 04.11., 18.11., 02.12. und 16.12.2014

jeweils um 18.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15.

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Terminhinweis

Israels Schicksal. Wie der Zionismus in den Untergang treibt

Vortrag & Diskussion mit Moshe Zuckermann am 18. Oktober 2014 um 19 Uhr

Eine Veranstaltung von Assoziation Dämmerung und dem Hamburger Ortsverein des ver.di-Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie

Stadtteil-Café »Kaffeewelt«, Böckmannstraße 3, Hamburg-St. Georg

Rede von Sevim Dagdelen, MdB, auf der Antikriegstagsdemonstration in Hamburg

(Die Rede wurde von Christian Kruse, Die LINKE Hamburg, verlesen)

Liebe Freundinnen und Freunde,

die große Koalition aus Union und SPD hat diesen Tabubruch – in zynischer Weise auch noch am Antikriegstag – bewusst gesucht. Es geht ihr um eine imperialistische Wende in der Rüstungsexportpolitik. Künftig will die Bundesregierung – wie die USA – auch allein nach Gusto geostrategischer Interessen über Waffenlieferungen entscheiden. Die entscheidenden sicherheitspolitischen Bindungen, die noch aus der Niederlage des deutschen Faschismus und Militarismus im 2. Weltkrieg her rühren, sind damit gefallen. Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte global, das ist jetzt das Herzstück deutscher Außenpolitik. Dieser Tabubruch der Großen Koalition ist schändlich. Wir wollen eben nicht, dass deutsche Waffen und deutsches Geld in aller Welt mit morden. Wir sagen Nein zu dieser Eskalation! Wir wollen nicht noch mehr Waffenexporte in alle Welt und noch dazu in Kriegsgebiete! Wir wollen Rüstungsexporte verbieten! Und zwar komplett! Denn jede Waffe findet ihr Opfer!

Es ist nachgeradezu perfide, wie die Bundesregierung diesen Waffenexport in den Irak rechtfertigt. Auf dem Rücken der Opfer der Mörderbande „Islamischer Staat“ sollen hier Waffen an die Kurdenorganisation KDP geliefert werden, deren Kämpfer sich beim Herannahen des IS mit modernsten Waffen aus den yesidischen Gebieten zurückzogen. Und ich wette, dass wir einen Großteil dieser deutschen Waffenlieferungen schon bald in ganz anderen Händen sehen werden. Denn noch nie war die Gefahr der Proliferation so groß. So berichtete die US-Regierung beispielsweise, dass bei ihren Waffenlieferungen nach Afghanistan ein Schwund (ja, ihr habt richtig gehört!), ein Schwund von 40 % der Fall ist. Rund 40 % der Waffen, die die USA seit 2002 an die afghanischen Sicherheitskräfte geliefert haben, wären „nicht nachweisbar“. Und wie in Afghanistan die Waffen auf der anderen Seite landen so eben auch im Irak. Bereits im August 2007 stellten die Kontrolleure der US-Regierung fest, dass der Verbleib von 200.000 Waffen, die an die Polizei und Streitkräfte Iraks geliefert worden waren, nicht aufzuklären war. ... Zynisch ist, dass die Bundesregierung bestens militärisch mit den Sponsoren der ISIS kooperiert. Katar, Saudi-Arabien, Türkei und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten hat man sogar einen gemeinsamen Treuhandfond eingerichtet. Der Emir der Emirate hat mir im Frühjahr bei unserem Besuch dort mit Außenminister Steinmeier ausdrücklich bestätigt, dass hier besonders Projekte in von der ISIS eroberten Gebieten gefördert werden, während sich die Bundesregierung gleichzeitig am Boykott der kurdischen Gebiete im Norden Syriens beteiligt und Sanktionen gegen die syri-

sche Bevölkerung verhängt hat, die die ISIS stärken.

Diese Außenpolitik ist nicht nur unverantwortlich, ja auch wenn mir dies vielleicht wieder eine Rüge eintragen wird, ich nenne diese Außenpolitik kriminell! Wie soll man es denn sonst nennen, wenn mit denen paktiert wird, die die Mörderbanden im Nahen Osten sponsern und sich hinterher ein paar Krokodilstränen aus den Augenwinkeln drücken, nach dem Motto, ja, das habe man mit der Regime-Change-Politik in Syrien nicht beabsichtigt. Wir wollen, dass mit dieser verheerenden Regime-Change-Politik endlich Schluss gemacht wird. Wie ist denn die Bilanz der US-Intervention im Irak 2003, wie die der NATO-Intervention in Libyen? Wie die der Unterstützung islamistischer Terroristen in Syrien? Um es klar zu sagen: Die Verantwortlichen dieser Völkerrechtsbrüche gehören vor Gericht ...

Und das gilt selbstverständlich auch für den Gaza-Krieg. Über 2000 Zivilisten zu töten, darf nicht ungesühnt bleiben. Die Basis für Frieden im Nahen Osten ist ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik. Die Bundesregierung aber unterstützt diese Völkerrechtsbrüche auch noch jüngst erst wieder durch die Lieferung eines atomwaffenfähigen U-Boots an Israel. Kostenpunkt 1 Mrd. Euro, gebaut von Thyssen, und der deutsche Steuerzahler subventionierte diesen Waffenexport auch noch mit rund 300 Millionen Euro, wie er auch jetzt die Waffenlieferungen in den Irak bezahlt.

Ich frage Euch: Sieht so eine friedliche Außenpolitik aus ...? Nein, Nein und nochmals Nein! Wir wollen Schluss machen damit. Wir wollen nicht mehr, dass Deutschland den dritten Platz weltweit beim Geschäft mit dem Tod belegt! Und eine Mehrheit der Bevölkerung will dies auch nicht! Selbst die Waffenlieferungen in den Irak, die propagandistisch der Bevölkerung humanitär nahegebracht worden sind, werden von 60 % der Bevölkerung abgelehnt. Und ich bedauere in diesem Zusammenhang, dass anfangs auch einige in der Linken diese Waffenlieferungen gefordert haben. Und ich finde auch den heute eingebrachten Antragsvorschlag meiner Kollegen Stefan Liebich, Michael Leutert, Katrin Kunert, Jan Korte und Frank Tempel, einen UN-mandatierten Kampfeinsatz für die Bundeswehr im Irak mit tausenden von Soldaten zu fordern, schlichtweg falsch! Für mich bleibt es dabei, wie es auf den Wahlplakaten der Linken 2009 stand: Auslandseinsätze beenden – Rüstungsexporte verbieten! ...

Wir leben in Zeiten des Krieges. Viele spüren die wachsende Kriegsgefahr. Und viele spüren auch die wachsende Kriegspropaganda und das Werben für Eskalation in der internationalen Politik. Und es ist keinesfalls immer

nur die Bild-Zeitung oder der Spiegel, die in vorderster Front der Kriegspropagandisten stehen, nein auch die bürgerlichen Zeitungen DIE ZEIT oder die Süddeutsche aber auch der neokonservative Tagesspiegel aus Berlin arbeiten sich beispielsweise an der Denunziation von Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern ab. Das Muster ist denkbar einfach: Wer gegen Sanktionen und Eskalation eintritt, wird – wie ich selbst häufig erfahren durfte – als Putinverstehler oder gar als Putins U-Boot im Deutschen Bundestag beschrieben. Dabei wusste ich gar nicht, dass es etwas Schlimmes ist, zu versuchen, Dinge zu verstehen. Ich dachte immer, das sei doch irgendwie das, was man von einem Politiker erwarten kann, dass er versucht, irgendetwas zu verstehen. Und deswegen finde ich, eine Außenpolitik sollte auch immer versuchen, die legitimen Interessen anderer Länder zu verstehen, weil sie sonst keine friedliche Außenpolitik ist, sondern eine Großmachtpolitik, die sich arrogant über die Interessen anderer Länder hinwegsetzt. Und deswegen wünsche ich mir eine deutsche Außenpolitik, die geprägt ist davon, dass man Russlandverstehler ist, und auch Frankreichverstehler ist, dass man seine Nachbarn versteht und dass man alles daransetzt, mit diesen Nachbarn friedlich zusammenzuleben, und das man Konflikte friedlich und diplomatisch löst. Aber wie gesagt, dieses Muster kehrt immer wieder. Wer gegen den Libyen-Krieg war, war selbstverständlich ein Unterstützer Gaddafis, wer keine Intervention in Syrien wollte und auf eine Adoption radikalislamistischer Terroristen verzichtete, galt und gilt als Unterstützer Assads. Auch eine sich sozialistisch bezeichnende Tageszeitung wie das Neue Deutschland ist vor diesen Propagandaschemata nicht gefeit. So wurde mir erst jüngst versucht indirekt eine Unterstützung Assads anzudichten, weil ich ein Ende der Sanktionen gegen die syrische Bevölkerung gefordert hatte.

Wir aber sagen Nein zur Kriegspropaganda! Wir wollen keine humanitären Interventionen. Wir stehen gegen die neuen Kriege! Und wir sagen den tagtäglichen Kriegslügen den Kampf an! Deshalb, ob auf der Straße oder in den sozialen Netzwerken! Hier liegt unsere Aufgabe, die Hauptaufgabe der Friedensbewegung, heute sich diesen Kriegslügen entgegenzustellen und sie zu entlarven! Damit die Mehrheit der Bevölkerung, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt, die keine Auslandseinsätze und Rüstungsexporte will, endlich zu ihrem Recht kommt!

Vor dem Tabubruch dieser großen Koalition der Waffenzulieferungen in ein Kriegsgebiet, liegt der erste Tabubruch von Union und SPD zu Beginn dieses Jahres. Gemeinsam hat man eine Regierung in der Ukraine unterstützt, an der offen Faschisten beteiligt sind. Dazu kommt, dass auch das Hauptfeld der Kriegsvorbereitung und der Kriegslügen zur Zeit in der Ukraine liegt. Ich hatte die Grünen für die Verharmlosung der Beteiligung von Faschisten an der ukrainischen Regierung, deren erste Amtshandlung ein Gesetzesentwurf zur Diskriminierung der russischen Sprache war und die jetzt auf ein Verbot der Kommunistischen Partei hinarbeitet, scharf kritisiert. Und ich stehe dazu, trotz aller Distanzierungen von Gregor

Gysi und den beiden Parteivorsitzenden der Linken. Ich hatte damals in meiner Kurzintervention auf die verharmlosende Beschreibung der grünen Fraktionsvorsitzenden Göring-Eckard darauf hingewiesen, dass zwar die faschistische Swoboda und der Rechte Sektor magere Ergebnisse erzielt hatten, aber dafür ein anderer Kandidat der extremen Rechten, Ljaschko, das drittbeste Ergebnis mit über 8 % erzielt hatte. Und die Entwicklung hat mir leider recht gegeben zusammen mit dem Oligarchen Igor Kolomoisky hat dieser Ljaschko rechtsradikale Privatmilizen für den Kampf in der Ostukraine aufgestellt. Kaum ein deutsches Medium berichtet darüber. Nehmen wir das Bataillon Azow, das im Süden kämpft. Das sind schlicht Faschisten und diese Leute sind dann die Bündnispartner von Merkel und Co. Das sind die Leute, die die Grünen einem als ukrainische Zivilgesellschaft anpreisen. Pfui Teufel! Da kann einem nur schlecht werden. Wir sagen es klar und deutlich: Wir verurteilen die Verharmlosung von Faschisten in der Ukraine durch Union, SPD und Grüne! Wir verurteilen die Vergabe deutscher, EU- und IWF-Finanzhilfen, die die Bundesregierung an die ukrainische Regierung weiterreicht, damit diese den Krieg im Südosten der Ukraine gegen die eigene Bevölkerung weiterführen kann! ... Und wir sagen auch Nein zu einem Wirtschaftskrieg gegen Russland! Nein zu einer weiteren Eskalationsstrategie von EU und NATO! Es ist unerträglich, dass die Bundesregierung jetzt plant, Bundeswehrosoldaten an die russische Grenze zu verlegen. Die gesamte Osterweiterungsstrategie war auf eine Einkreisung Russlands ausgerichtet. Mit den Assoziierungsabkommen wollte die EU nicht abseits stehen und mithelfen, die Ukraine, Moldawien und Georgien zu geopolitischen Frontstaaten gegen Russland zu machen. Diese Strategie, bei der man auch nicht vor der Unterstützung eines bewaffneten Umsturzes in Kiew zurückgeschreckt ist, ist die Ursache der Eskalation in Europa. Und darauf müssen wir immer wieder hinweisen, wenn es gilt Widerstand zu leisten. Karl Marx hat einmal gesagt, *man muss den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielen, um sie zum Tanzen zu bringen!* Und wir wollen die versteinigerten Verhältnisse zum Tanzen bringen!

Wir wollen keinen Krieg mit Russland. Manchmal frage ich mich, ob zwei Kriege gegen Russland im letzten Jahrhundert nicht reichen. Wir wollen Dialog statt Eskalation. Die Bundesregierung muss endlich mit ihrer Untergangstreue zu den USA brechen. Denn während die Sanktionen und die atomare Eskalationsstrategie die USA im trockenen lassen, wird Mitteleuropa erneut zum potentiellen Schlachtfeld. ... Der Dramatiker Heiner Müller hat einmal gesagt: *In Deutschland spielt man immer noch die Nibelungen!* Wir aber wollen, dass mit dieser Untergangsehnsucht ein für alle Mal Schluss ist! Und dafür brauchen wir eine starke Friedensbewegung in der von Kommunisten zu Linken bis hin zu Konservativen wie Willy Wimmer Platz sein muss! Denn uns eint das Ziel einer friedlichen Außenpolitik!

Uns eint der Schwur der Buchenwaldhäftlinge:

- Nie wieder Faschismus!
- Nie wieder Krieg!

ICBUW-Deutschland - Koalition zur Ächtung von Uranwaffen

Uranmunition ächten

Petition an die deutsche Bundesregierung und die Abgeordneten des deutschen Bundestages

Seit 1991 wurde Uranmunition unter anderem im Irak, Kosovo, in Serbien, Bosnien und Afghanistan großflächig eingesetzt. Als Folge dieser Einsätze leiden vor allem die Zivilbevölkerungen, aber auch internationale Entwicklungshelfer/innen und Soldat/inn/en auf unabsehbar lange Zeit. Uranmunition kann schwere Gesundheitsschädigungen, wie Nierenversagen, Lungenkrebs und Leukämie sowie schwere Fehlbildungen bei Neugeborenen verursachen.

Uran wird wegen seiner hohen Dichte zur Verbesserung der Durchschlagskraft von panzer- und bunkerbrechenden Waffen verwendet. Beim Aufprall dieser Munition auf ein Ziel entsteht unter hohen Temperaturen ein sehr feines Uranoxidaerosol in Nanopartikelgröße, das sich in der Umwelt verteilt und in den menschlichen Organismus gelangen kann.

Uranmunition bedroht aufgrund der Giftigkeit des Urans als Schwermetall und mit seiner Radioaktivität noch lange nach Ende der Kampfhandlungen Mensch und Umwelt.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und die Abgeordneten des deutschen Bundestages nachdrücklich auf

- sich dafür einzusetzen , dass die Verwendung von Uran-Waffen sofort eingestellt wird,
- Herstellung, Beschaffung, Lagerung, Besitz, Finanzierung, Verkauf, Verbreitung und Transport von Uranwaffen auf deutschem Gebiet zu verbieten,
- auf die auf deutschem Hoheitsgebiet stationierten NATO-Truppen einzuwirken und im Rahmen der NATO darauf zu drängen, Einsatz, Lagerung und Transport von Uranwaffen zu unterlassen,
- sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen für eine weltweite Ächtung von Uranwaffen einzusetzen,
- die Säuberung kontaminierter Gebiete und die Opfer des Einsatzes von Uranwaffen zu unterstützen.

Name	Adresse	Unterschrift

Unterschriftenlisten an: ICBUW Deutschland, IALANA Hauptstadtbüro,
Marienstr.19-20 , 10117 Berlin